

Der 71er muss nach Kaiserebersdorf



Foto: Peter Gugereit/Wikimedia by CC0 1.0

Seit Jahren fordern wir Simmeringer Freiheitlichen vehement die Verlängerung der Straßenbahnlinie 71 nach Kaiserebersdorf. Daher starten wir diese Unterschriftenaktion, um die Stadtregierung weiter unter Druck zu setzen und endlich eine vernünftige öffentliche Verkehrsanbindung für die Menschen am Leberberg zu erreichen. Bitte unterstützen Sie diese Aktion der FPÖ Simmering! (lesen Sie weiter auf Seite 3)

Inhalt

Bericht des Bezirksvorstehers:

KR Paul Johann Stadler
„Bezirksvorsteher zum Angreifen“

Bericht der BV-StV:

Katharina Krammer
„Verlängerung des 71ers gefordert“

Aus dem Nationalrat:

NAbg. Mag. Harald Stefan
„Problem des Drogenhandels
nicht gelöst“

Aus dem Gemeinderat:

LAbg. Manfred Hofbauer, MAS
„Freunderl- und Misswirtschaft
in Rot/Grün“

Aus der Sicht des Klubobmanns:

BR Sonja Bauernhofer
„Linke Innovationsideen“

Das freie Wort:

BR Alfred Krenek
„Weiter Ärger mit dem 71A“

Bundespräsidentenwahl 2016:

BR Cornelia Bauernhofer
„Die Wende ist eingeläutet“



Hilfe für Mieter:

LAbg.a.D. Dr. Herbert Eisenstein
„Österreichischer Mieterschutzring“
gegründet

Aktuelles, Neuigkeiten und Informationen erhalten Sie auch auf unserer Homepage. Dort erfahren Sie mehr über die aktuellen Themen der FPÖ Simmering, Informationen zu den Veranstaltungen und vieles mehr.

Interessiert? Dann schauen Sie doch auf www.fpoe-simmering.at



KR Paul Johann Stadler

Bezirksvorsteher
paul.stadler@wien.gv.at

Sprechstunden
Nach telefonischer Voranmeldung
01/ 4000-11111

Enkplatz 2, 1. Stock, Zimmer 131

■ **Bezirksvorsteher zum Angreifen**

Bei strahlendem Wetter feierten wir Simmeringer das traditionelle Straßenfest. Die verschiedenen Verkaufsstände boten den Besuchern ein buntes Bild, Waren aus allen Himmelsrichtungen wurden angeboten, die Polizei stellte sich den Bürgern vor und bei vielen Wirten trug gute, zum Teil volkstümliche Musik und frisches Bier zur fröhlichen Stimmung der Simmeringer bei.

Die Bezirksvorstehung selbst bot heuer zum ersten Mal einen neuen Service an! Unter dem Motto „Die Bezirksvorstehung kommt zum Bürger“ standen wir gemeinsam mit unserem Büro von 9 Uhr bis zum Ende mit einem eigenen Zelt den Bürgern Rede und Antwort. Wir luden die Simmeringer schon Tage vor dem

Fest in der Bezirkszeitung ein, uns am Straßenfest ihre Sorgen und Anliegen persönlich vorzubringen.

Die wichtigsten Daten wurden festgehalten, damit auch etwaige Verbesserungen und Hilfe für die Menschen in die Wege geleitet werden können. Besonders häufig wurden Wohnensprobleme angesprochen,

das Zusammenleben mit den verschiedensten Mitbewohner warf Fragen auf, im Gespräch war auch die Bundespräsidentenwahl, das Klagen über niedrige Mindestpensionen und vieles mehr wurde diskutiert. Natürlich war auch die Verlängerung der Straßenbahnlinie 71 nach Kaiserebersdorf ein großes Thema, an dem wir

noch arbeiten und nicht locker lassen.

In der Mittagszeit besuchten wir jedes einzelne Standl, plauderten mit den Betreibern und trafen unterwegs viele Simmeringer Bürger.

Der Tag mit einem „Bezirksvorsteher zum Angreifen“ war ein voller Erfolg und wird in Zukunft weiter fortgesetzt!

Wir fordern eine Verlängerung der Straßenbahnlinie 71 nach Kaiserebersdorf!



Foto: bildstrecke.at/ Johannes Zimmer

Seit Jahren fordern wir Simmeringer Freiheitlichen vehement die Verlängerung der Straßenbahnlinie 71 nach Kaiserebersdorf.

Seit Dezember 2012 wurde, dank der unüberlegten SPÖ Verkehrsplanung, der 71er nur mehr zum Zentralfriedhof geführt und damit die Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel beim Simmeringer Bezirksteil „Leberberg“ mit tausenden Bewohnern massiv verschlechtert. Vor der Wahl im Oktober 2015 hat die SPÖ die Wiedereinführung der Streckenführung der Linie 71 zum Leberberg versprochen. Nach der Wahl kann sich die rot/grüne Stadtregierung an dieses Versprechen nicht mehr erinnern.

Laut SPÖ Stadträtin Sima und den Wiener Linien besteht dafür kein Bedarf!

Jetzt ergeben sich für uns zwei Möglichkeiten: Entweder be-

straft die rot/grüne Stadtregierung die Sozialdemokraten in Simmering, weil sie die Wahl verloren haben oder die rot/grüne Stadtregierung bestraft die Simmeringer Bevölkerung, weil sie blau gewählt haben.

BV KR Paul Johann Stadler und die FPÖ Simmering setzten sich für die Simmeringer Bevölkerung ein und lassen in dieser Angelegenheit nicht locker.

Daher starten wir diese Unterschriftenaktion, um die Stadtregierung weiter unter Druck zu setzen und endlich eine vernünftige öffentliche Verkehrsanbindung für die Menschen am Leberberg zu erreichen. Bitte unterstützen Sie diese Aktion der FPÖ Simmering!

Unterschriftslisten zum Herunterladen

finden Sie unter:

<http://simmering.fpoe-wien.at>

Direkt zum PDF:

<http://bit.ly/28UuW3p>



Katharina Krammer
Bezirksvorsteher-Stellvertreterin
katharina.krammer@fpoe-simmering.at

Sprechstunden
jeden Dienstag 9-11 Uhr,
01/ 4000-11112

Enkplatz 2, 1. Stock, Zimmer 131





Abg. z. NR. Mag. Harald Stefan

Bezirksobmann
Bereichssprecher: Justiz, Verfassung,
Menschenrechte und Volksgruppen
harald.stefan@fpoe.at

Foto: reporter.co.at

■ DROGENHANDEL: Problem durch Gesetzesreperatur keineswegs gelöst

Seit Anfang des Jahres nahm der offene Drogenhandel in den Straßen Wiens stark zu. Traurige Bekanntheit bekamen dabei vor allem Hotspots rund um die U-Bahn-Stationen der Linie 6. Das Problem wuchs aber bereits im vorhergegangenen Jahr heran, als „im zweiten Halbjahr 2015 die Zahlen an Identitätsfeststellungen (pro Tag im Durchschnitt 172) und Festnahmen (pro Tag im Schnitt neun Personen)“ explodierten.

Mit der Strafrechtsreform 2015 die erst Anfang des Jahres in Kraft trat, verbesserte sich die Situation – aber nur für die Drogenhändler. Nicht jedoch für Anrainer dieser Hotspots, nicht für Fahrgäste der Linie

U6, für die das Entkommen vor den aufdringlichen Drogendealern, die direkt am Ein- bzw. Ausgang der Stationen dem illegalen Geschäft nachgehen, beinahe zu einem Hindernislauf wurde und auch nicht für die rund hundert Beamten, die bemüht sind, dieser Situation Herr zu werden.

Konkret wurden durch das Strafrechtsänderungsgesetz 2015 unter anderem die Bestimmungen zur Gewerbsmäßigkeit im § 70 des Strafgesetzbuchs dahin gehend verändert, dass einem Drogendealer fortan drei statt bisher eine Straftat nachgewiesen werden musste, um vom Straftatbestand Gewerbsmäßigkeit Gebrauch zu machen und infolge dessen U-Haft zu verhängen. Zusätzlich bedarf es eines Nachweises der Absicht des Dealers, mit seiner gewerbsmäßigen Tätigkeit ein monatliches Einkommen von über 400 Euro verdienen zu wollen. Durch diese Gesetzes-

lage wurde es den Polizeibeamten kaum möglich, Beweise zu erbringen, die für den Erlass einer Untersuchungshaft notwendig sind.

In der Praxis wurden also durch die missglückte Strafrechtsreform die Bedingungen für das Dealen auf offener Straße gelockert und der Handlungsspielraum der Beamten immens eingeschränkt.

Streng nach SPÖVP-Manier wurde vollkommen überhastet an einem Initiativantrag zur Novellierung des Suchtmittelgesetzes gebastelt, um dem ausufernden Drogenhandel im öffentlichen Raum entgegenzuwirken, der erst durch die verunglückte Strafrechtsreform

in Bezug auf den Tatbestand der Gewerbsmäßigkeit, eintrat. Angemerkt sei, dass auch bei der Strafrechtsreform, die als Regierungsvorlage in den Nationalrat einlangte, SPÖ und ÖVP federführend waren.

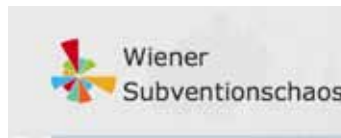
Mit der am 1. Juni in Kraft getretenen Novelle des Suchtmittelgesetzes, wurde das Problem des öffentlichen Drogenhandels bestenfalls nur oberflächlich gelöst. Neue Unklarheiten wurden

geschaffen, die der Polizei und den Gerichten, die Verfolgung weiterhin erschwert. Zur Lösung des eigentlichen Problems, nämlich des Drogenhandels und damit der Verbreitung des Drogenmissbrauchs, wird dadurch überhaupt nichts beigetragen.

» **Mit der am 1. Juni in Kraft getretenen Novelle des Suchtmittelgesetzes, wurde das Problem des öffentlichen Drogenhandels bestenfalls nur oberflächlich gelöst**

Freunderl- und Misswirtschaft in RotGrün

Was würde mit einem Wiener passieren, der auf einem privaten Schuldenberg mit Mount Everest Höhe sitzt und sein geliehenes Geld für Partys ausgibt, die nicht stattfinden? (Stichwort Life Ball 2016)



nur drei Beispiele aus vielen ...



Nun ja, womöglich würde man ihn baldigst besachwalten lassen oder zumindest zur Schuldnerberatung schicken. Oberstes Gebot für Normalbürger: Keine neuen Schulden machen!

Dies gilt anscheinend alles nicht für die Rot / Grüne Stadtregierung. Da wird das (Steuer) Geld, das wir nicht haben, mit vollen Händen aus dem Fenster geworfen.

Der Life Ball, der heuer gar nicht stattfindet (450.000 €), aber auch für andere absurde Subventionen wie „Empowerment für Mädchen in Nepal“ („nur“ 19.020 €) oder „Verbesserung der LehrerInnen-ausbildung in saharischen Flüchtlingscamps in Algerien“ (20.000 Euro) wird subventioniert. Auch Okto-TV, ein Sender ohne Reichweite erhält jährlich 1,08 Mio. € Steuer-geld. In der unendlichen Liste der Rot / Grünen Steuergeld-verschwendung darf natürlich das Amerlinghaus nicht fehlen. So gibt es für das sogenannte „Kulturzentrum“ Spittelberg eine 490.000 € Subvention für Sadoso-Aktionen.

Nicht zu vergessen: „Mama fährt Rad“. Ein teurer Spaß für

Migrantinnen aus der 13-Mil-lionen-Euro-Luxus-Mobili-tätsagentur. Und wo ist Wiens Gender-, Regenbogen- und Gleichberechtigungs-Oberpo-lizistin Stadträtin Sandra Frau-enberger, wenn „Mann“ sie braucht? Kein Papa darf beim Kurs mit-radeln!

Die Wie-ner FPÖ hat im Ge-meinde-rat gegen all diese Rot / Grü- ne Steuergeldverschwen-dungen gestimmt und fordert mit Nachdruck, dass dieser Sub-ventionsdschungel endlich für die Bevölkerung transparent gemacht wird.

Damit die Wiener und Wienerinnen sehen wie die Rot / Grüne Stadtregierung verant-wortungslos mit öffentlichen Geldern umgeht, wurde von der FPÖ eine Subventionsda-tenbank erschaffen.

Mit dieser Subventionsdaten-bank macht die FPÖ-Wien einen weiteren Schritt in Richtung Transparenz und Öff-entlichkeit. „Auf www.sub-ventionen.wien kann ab sofort

450.000 Euro Steuer-geld für einen Ball, der nicht stattfindet

jeder Wiener und jede Wienerin sämtliche im Gemeinderat und/oder in den Ausschüssen beschlossene Subventionen einsehen“, informiert LAbg. Manfred Hofbauer.

Von 2014 bis heute ist die Da-tenbank aktuell und wird lau-fend erweitert. Im Bereich der Sub-ventionen wäre viel Geld einzusparen. Hier gilt es beson-ders die Verschwen-dungssucht von Rot / Grün aufzudecken.

Die FPÖ wird, Kraft ihrer Mandatsstärke, sämtliche Möglichkeiten ausschöpfen um Kontrolle auszuüben. Mit 34 Mandaten bieten sich für uns viele Möglichkeiten, wie die Anrufung des Rechnungshofes und des Stadtrechnungs-hofes, das Verlangen einer Un-tersuchungskommission, die Sperrminorität bei Verfas-sungsänderungen, betont der Simmeringer LAbg. Manfred Hofbauer.

Die FPÖ wird sich auf jeden Fall auch künftig auf die Seite der Bürger dieser Stadt stellen und weiterhin gegen diese uferlose Steuergeldverschwendung ankämpfen.



Manfred Hofbauer, MAS
Landtagsabgeordneter und Gemeinderat der Stadt Wien

Geburtsdatum
06. Februar 1960

Beruflicher Werdegang

1975-1979 Ausbildung zum Nachrichtenelektroniker bei Siemens AG Österreich
1980-2006 Siemens AG Österreichweite Wartung und Montagetätigkeit, Internationaler technischer Support, Nationale und Internationale Ausbildungs- und Lehrtätigkeit, Nationales und Internationales Projektmanagement, Internationales Krisenmanagement.
2007-2010 Studium der Betriebswirtschaft mit Masterabschluss an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt

Politische Laufbahn

2000 – 2010 Bezirksrat
2005 bis 2008 Klubobmann-Stv.
2008 Bezirksobmann-Stv.
2008 bis 2010 Klubobmann
2010 Bundesparteileitung
2010 Abgeordneter zum Wiener Landtag / Gemeinderat
Bereichssprecher: Umwelt und Wiener Stadtwerke, Petitionen und Bürgerinitiativen
Ausschussmitglied: Stadtentwicklung Verkehr Energieplanung und Bürgerbeteiligung, Unterausschuss Wiener Stadtwerke, Stadtentwicklungskommission, Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser
2016 Vorstandsmitglied des Österreichischen Mieterschutzringes

Kontakt:
manfred.hofbauer@fpoe.at

Aus der Sicht des Klubobmanns

Sonja Bauernhofer
Klubobmann

sonja.bauernhofer@fpoe-simmering.at
0699 / 194 195 62



Linke Innovationsideen!

Man darf sich nur wundern über die skurrilen Ideen, die die Bezirkspolitiker mit dem Gutmenschenyndrom der ehemaligen Mehrheitspartei entwickeln. „Kühlschränke im Amtshaus, für alle Bürger zugänglich, gefüllt mit übrig gebliebenem aus Simmeringer Haushalten“ werden gefordert. Da wird die Gesundheitsgefährdung weggeschönt und bagatellisiert. Lebensmittelgesetze, die ihre Wichtigkeit haben, gelten nur für die Gastronomen und werden dort auch streng kontrolliert!



Und da die Vielfalt der Ideen der Linken keine Grenzen hat, gab es in der Simmeringer Bezirksvertretungssitzung am 08.06.2016 noch einen weiteren interessanten Antrag der Sozialisten, der Folgendes zum Inhalt hatte: leer stehende Geschäftslokale sollen Künstlern, Vereinen, wie z.B. NGOs zur Verfügung gestellt werden. Man höre und staune: nur gegen ein Entgelt in der Höhe der Betriebskosten!! Weil die Mieten der Geschäftslokale, vor allem auf der Simmeringer Hauptstraße, zu hoch sind, sind Neueröffnungen für viele Unternehmer unrentabel. Diesen Umstand wollen die Linken

ausnutzen um ihren Vereinen, wie den NGO's und linkslastigen Künstlern, auf billigem Wege, Lokale und Ausstellungsräume zu verschaffen, eben nur mit der Auflage Betriebskosten zu bezahlen! Es gibt also Bürger in unserer Stadt, denen verschiedene Verpflichtungen zugemutet werden. Auf der einen Seite gibt es die Unternehmer, die unter einem

großen Steuer- und Abgabenschonjoch leiden und auf der anderen Seite, die von der Gemeinde Wien ohnehin geförderten Vereine und Künstler, meist den Linken nahe stehend, die jegliche Möglichkeit ausnutzen, vom Gemeinschaftstopf so viel wie möglich abzubeckommen! Wie gewohnt, ist dieser Antrag unausgegoren. Es wurden keine Verpflichtungen angeführt, wie z. B. etwaige Schäden, die

durch diese Betriebskosten zahlenden Mietern anfallen könnten, zu begleichen sind und wie z. B. mit dem Thema „Kündigungsfristen“ umgegangen wird! Kurz und gut, es gibt keine Gebote und Verbote! Somit sind für den Missbrauch solcher Mietmodalitäten Tür und Tor geöffnet!
Dieses Chaosprogramm würde die Simmeringer Hauptstraße nicht beleben, im Gegenteil es wäre ein Grund für bestehende Geschäfte, abzuwandern und würde den bazarähnlichen Charakter der Hauptstraße verstärken. Das sind sicher nicht der Wunsch und das Bestreben der Simmeringer Bevölkerung!

» Leer stehende Geschäftslokale sollen Künstlern, Vereinen, NGOs nur gegen Betriebskostenersatz zur Verfügung gestellt werden

Unser Bezirk stellt sich vor



Alfred Krenk
Bezirksrat
Vorsitzender
der Verkehrskommission

Geburtsdatum
20. Jänner 1968

Beruflicher Werdegang
1974–1982 Pflichtschule
1982–1983 Polytechnischer
Lehrgang:
1986–1987 Grundwehrdienst
1987–1993 Magistrat 48
seit 1993 Wiener Stadtwerke

Politische Laufbahn
2002–2006 Personalvertreter
der Freiheitlichen Arbeitneh-
mer bei den Wiener Linien

seit 2006 Betriebsrat
Fahr- und Kundendienst
der Wiener Linien

seit 2010 Zentralbetriebsrat
der Wiener Linien

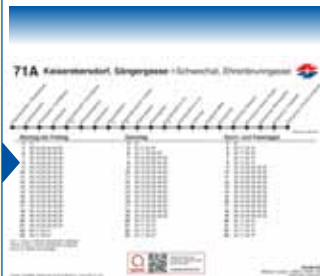
2005 – 2010 Bezirksrat
in Favoriten

seit 2010 Bezirksrat
in Simmering

Seit November 2015
Vorsitzender der Verkehrs-
kommission
Mitglied in der Bezirksent-
wicklungskommission und im
Bauausschuss

E-Mail: alfred.krenk@fpoe-simmering.at

Das freie Wort



Weiter Ärger mit dem 71A

Einer der Dauerbrenner ist das Problem mit der Autobuslinie 71A. Wir Freiheitlichen wollen diese Autobuslinie beschleunigen und haben aus diesem Grund bei der letzten Bezirksvertretungssitzung einen Antrag für eine temporäre Busspur stadteinwärts, auf der Simmeringer Hauptstraße gestellt. Dieser Antrag wurde einstimmig an die Verkehrskommission übermittelt. Die MA 46 prüfte diesen und stellte fest, dass die Simmeringer Hauptstraße für eine eigene Busspur, NICHT die dafür gesetzlich notwendige Breite aufweist. Außerdem müsste die Busspur bei den Verengungen bei der Reimichelgasse und Leberberg (Querungshilfen) enden, sodass der Bus gezwungen wäre sich immer wieder in den Individualverkehr einzureihen. Leider müssen wir Freiheitlichen aufgrund der Ausführungen der MA 46 diesen Antrag zurückziehen und uns einer anderen Lösung widmen..

Linie 71A Schwechat und 71B Sängergasse wäre besser

Die beiden Buslinien in Richtung Schwechat über die Geleise der Straßenbahn zu führen ist ein Antrag der Freiheitlichen, der von den Wiener Linien derzeit überprüft wird. Die MA 46 sieht sogar die Möglichkeit die Trasse der Straßenbahn beidseitig für den Bus zu nutzen. Es wäre auch ratsam die beiden 71A-Kurse zu trennen, damit mehr Pünktlichkeit erreicht werden kann. Die Simmeringer FPÖ ist jedenfalls weiter bemüht, den Ärger mit dem 71A einer positiven Lösung zuzuführen.

Dipl. Päd. Cornelia Bauernhofer
Kulturausschuss,
Jugendkommission
cornelia.bauernhofer@fpoe-simmering.at



**Bundespräsidentenwahl 2016
die Wende ist eingeläutet**

Am 22. Mai 2016 fand die Stichwahl zu heurigen Bundespräsidentenwahl statt. Nicht nur während des Wahlkampfes vor dem 1. Wahltag am 24. April, sondern vor allem in den 4 Wochen vor der Stichwahl zeichnete sich ein großer Erfolg unseres Kandidaten Ing. Norbert Hofer ab. Er trumpfte einfach mit jenen Inhalten auf, die das Volk am meisten beschäftigte: die Fehlpolitik der derzeitigen Regierung hinsichtlich der Flüchtlingspolitik, die unsere Sozialpolitik derart aushöhlt, dass „für uns're Leut“ nichts mehr übrig bleibt; das Aufzeigen der fehlgeleiteten Politik bzgl. der Arbeitsmarktpolitik, die nichts gegen die Verdrängung der Österreicher vom Arbeitsmarkt und dem immer mehr vorherrschenden Lohndumping unternimmt u. v. m.!

Die Wahl an sich und die danach ans Tageslicht kommenden Vorkommnisse bei den Auszählungen waren sehr

nervenaufreibend und mit der Wahlanfechtung hat die FPÖ offensichtlich in ein Wespennest gestochen. Wer aber glaubt, dass die FPÖ diese Anfechtung deshalb angeteilt hat, weil sie ein schlechter Wahlverlierer ist, der täuscht. Die Missstände während den Auszählungen, aber im Speziellen bei der Handhabung mit den Briefwahlstimmen gehören nicht nur aufgezeigt, sondern endlich (!) auch beseitigt. Aber viel mehr sollte man sich auf das Ergebnis konzentrieren. Norbert Hofer hat mit der Politik der Freiheitlichen Gesinnung 50% der Österreichischen Bevölkerung überzeugen können, dass „Die Zeit reif ist“ für etwas Neues. Gehen wir aus der erfolgreich geschlagenen Bundespräsidentenwahl GESTÄRKT in einen, spätestens (!) 2018 stattfindenden, Nationalratswahlkampf und machen wir das „Blaue Wunder“, nämlich einen Freiheitlichen Bundeskanzler in unserem Staat wahr.

TERMINE



Sprechstunden der Bezirksräte (im Parteihem)

MO, 17:00 - 18:00 Uhr

MI, 10:00 - 11:00 Uhr

DO, 17:00 - 18:00 Uhr

Sprechstunde BV KR Paul Stadler

Nach telefonischer Vereinbarung im Amtshaus Simmering, Enkplatz 2, 1. Stock, Zimmer 117a
01/ 4000 11111, paul.stadler@wien.gv.at

Sprechstunde BV-StV. Katharina Krammer

Jeden Dienstag, 9-11 Uhr oder nach telefonischer Voranmeldung im Amtshaus Simmering, Enkplatz 2, 1. Stock, Zimmer 131 - 01/ 4000 11112, katharina-krammer@fpoe-simmering.at

Sprechstunde KO BR Sonja Bauernhofer

Bitte kontaktieren Sie unsere Klubobfrau unter sonja.bauernhofer@fpoe-simmering.at oder 0699/194 195 62.

Besuchen Sie uns bei unserem **Bezirks-Stammtisch**, jeden 1. Mittwoch im Monat, im Auszeitstüberl, Grillgasse 20 und nutzen Sie die Gelegenheit mit unseren Funktionären ins Gespräch zu kommen.

Der **Stammtisch der Freiheitlichen Senioren** findet jeden 3. Dienstag, um 15:00 Uhr, im Auszeitstüberl, Grillgasse 20 statt.

Kommen Sie vorbei – es warten jedes mal interessante Vortragende auf Sie.

Bürgerstände

Jeden ersten Samstag im Monat von 10:00 - 12:00 Uhr vor dem EKZ-Simmering

Weitere Bürgerstände sind auf unseren Bezirk aufgeteilt und finden in regelmäßigen Abständen statt.



Parteiheim der FPÖ-Simmering
Kaiser Ebersdorferstraße 12-18
A-1110 Wien



www.fpoe-simmering.at



buero@fpoe-simmering.at

www.facebook.com/FPOESimmering

01 / 768 50 04

Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber:

FPÖ-Simmering, Kaiser Ebersdorferstr. 12-18/901/R1,
1110 Wien, 01 / 768 50 04

buero@fpoe-simmering.at

www.fpoe-simmering.at

Verlags- u. Herstellungsort: Wien

Ausgabe: 02/2016

Gegründet: 2013



/ [FPOESimmering](https://www.facebook.com/FPOESimmering)



Dr. Herbert Eisenstein
LAbg.a.D.



Hier kann der Österreichische
Mieterschutzring helfen!

Sie alle kennen Fälle, wo Mieterinnen und Mietern offenbar überhöhte Betriebskosten verrechnet werden, wo aus uneinsichtigen Gründen Wohnungsaufkündigungen stattfinden, wo es Nachbarschaftsprobleme gibt, wo Erhaltungsbeiträge nicht nachvollziehbar sind oder wo Vermieter einfach nicht auf

Beschwerden reagieren. In diesen und vielen weiteren Angelegenheiten kann Ihnen der Mieterschutzring weiterhelfen.

Gegründet von freiheitlichen Mandataren, versteht sich der Mieterschutzring als eine echte Mietervertretung, die die Interessen seiner Mitglieder als

Mieterinnen und Mieter vertritt und ihre Probleme auch ernst nimmt, gleichgültig, ob das Wohnobjekt eine Gemeinde-, eine Genossenschafts- oder eine Privatwohnung ist.

Der Mieterring berät seine Mitglieder bei Problemen besonders in mietrechtlichen Angelegenheiten, prüft Mietvorschreibungen und Jahresabrechnungen, bietet eine

Rechtsvertretung bei Schlichtungs- und Gerichtsverfahren und vermittelt eine maßgeschneiderte Rechtsschutzversicherung.

Genauere Informationen, auch zu den Mitgliedsbeiträgen, erhalten Sie im Internet unter www.mieterschutzring.at, über Email unter buero@mieterschutzring.at oder telefonisch unter 0660 845 30 88.